

Dringliches Postulat Fraktion GFL/EVP (Michael Burkard, GFL): Förderung der Medienvielfalt in der Stadt Bern

Dem Vernehmen nach sollen die Redaktionen von „Der Bund“ und „Berner Zeitung BZ“ zusammengeführt werden. Damit wäre das sog. Berner Modell, mit welchem sich Charles von Graffenried seinerzeit trotz seiner Dominanz auf dem Medienplatz Bern für eine gewisse journalistische Vielfalt verbürgt hatte, am Ende.

Vor diesem Hintergrund wird der Gemeinderat eingeladen zu prüfen, wie die Medienvielfalt in der Stadt und in der Region Bern weiterhin aufrecht erhalten werden kann.

Im Sinne einer nicht abschliessenden Aufzählung wird der Gemeinderat ersucht, insbesondere folgende Anknüpfungspunkte für Fördermassnahmen vertieft zu prüfen:

- Förderung der medialen Vielfalt in Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern und dessen Medienförderungsmassnahmen: Bei welchen Medienförderungsmassnahmen des Kantons könnte sich die Stadt Bern beteiligen? Welche neuen Medienförderungsmassnahmen wären in Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern denkbar?
- Förderung der medialen Vielfalt in Zusammenarbeit mit den Partnergemeinden des Verbunds Anzeiger Region Bern: Könnte der Anzeiger für die Region Bern im Allgemeinen und die Gemeinde-News im Besonderen zu einem neuen und unabhängigen, nach journalistischen Grundsätzen arbeitenden Medium ausgebaut werden?
- Förderung der medialen Vielfalt im Bereich des Kulturjournalismus, falls der Anzeiger Region Bern nur noch in digitalisierter Form erscheinen wird: Auf welche Weise könnte eine vielfältige, kritische und von den grossen Kulturinstitutionen unabhängige Kulturberichterstattung gewährleistet werden?
- Förderung der medialen Vielfalt in Zusammenarbeit mit den Quartierorganisationen: Auf welche Weise könnte die Öffentlichkeits- und Medienarbeit der Quartierorganisationen in der Stadt Bern verbessert und inklusiver gestaltet werden?
- Förderung der medialen Vielfalt im Rahmen der Stadt der Beteiligung: Wie könnten demjenigen Teil der Bevölkerung, für welchen Berndeutsch nicht die Muttersprache ist, bessere Zugänge zu lokalen und regionalen journalistischen Dienstleistungen namentlich im Internet, Radio und Fernsehen, eröffnet werden?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Zusammenführung von „Bund“ und „BZ“ wurde Ende Oktober 2020 bekannt und soll dem Vernehmen nach ohne Verzug umgesetzt werden. Gleichzeitig wurde bekannt, dass sich die öffentliche Hand aus der Finanzierung des Anzeigers für die Region Bern und somit aus der verlegerischen Verantwortung für diese Publikation mittels eines Management-Buy-out zurückzieht. Aufgrund dieser sich überschlagenden Ereignisse ist es wichtig, dass sich auch der Stadtrat zur Zukunft der journalistischen Vielfalt auf dem Medienplatz Bern äussern und gegebenenfalls gestaltend eingreifen kann.

Bern, 5. November 2020

Erstunterzeichnender: Michael Burkard

Mitunterzeichnende: Francesca Chukwunyere, Jodie de Sépibus, Lukas Gutzwiller, Brigitte Hilty Haller, Matthias Humbel, Bettina Jans-Troxler, Therese Streit-Ramseier, Manuel C. Widmer, Marcel Wüthrich

Antwort des Gemeinderats

1. Ausgangslage

Die Medienvielfalt in der Stadt und in der Region Bern ist dem Gemeinderat ein zentrales Anliegen. Das sogenannte Berner Modell mit «Bund» und «Berner Zeitung» gewährleistete bisher, dass sich zwei Leitmedien auf regionaler Ebene einen publizistischen Wettbewerb lieferten und damit der für die Meinungsbildung wichtige Streit der besten Argumente stattfinden konnte. Darüber hinaus befruchtete dieser Meinungsstreit die Berichterstattung aller Medien auf dem Platz Bern.

Mit der jüngsten Ankündigung von Tamedia verdüstern sich allerdings die Perspektiven für den Medienplatz Bern. Das geplante Zusammenführen der Lokal- und Regionalredaktionen der beiden Berner Titel wird zu einer publizistischen Verarmung führen und die Möglichkeit zur freien und unabhängigen Meinungsbildung weiter schwächen.

Dies gilt erst recht, sollten sich jene Befürchtungen bewahrheiten, wonach die fusionierten Redaktionen künftig nur dann über lokale Themen berichten, wenn sie über die Region Bern hinaus von Bedeutung und damit attraktiv sind für einen überregionalen oder nationalen Leserkreis. De facto wäre dies das Ende des Lokaljournalismus in «Bund» und «BZ». Über Themen, die für die lokale Bevölkerung wichtig sind, würde kaum mehr berichtet werden.

Vor diesem Hintergrund plädiert der Gemeinderat schon seit einigen Jahren für eine direkte und indirekte Medienförderung. Gefordert sind in dieser Frage seiner Ansicht nach allerdings in erster Linie die Bundesbehörden und subsidiär die kantonalen Behörden. Denn Medienvielfalt lässt sich nur bedingt kleinräumig organisieren und finanzieren. Zudem fehlten bisher die rechtlichen Grundlagen für eine lokale oder regionale Medienförderung. Insofern hatte die Stadtregierung bisher faktisch nur einen sehr beschränkten medienpolitischen Handlungsspielraum.

2. Möglichkeiten zur Medienförderung

Dies könnte sich allerdings ändern, nachdem nicht nur auf Bundesebene Bestrebungen zu einer verstärkten Medienförderung im Gange sind, sondern inzwischen auch auf kantonaler Ebene. Letztere dürften entscheidend sein für eine allfällige Ausgestaltung einer kommunalen Medienförderung in der Stadt Bern.

Im Vordergrund der kantonalen Bestrebungen steht gemäss dem im November 2019 präsentierten regierungsrätlichen Medienförderungskonzept die Absicht, jene medienpolitischen Akteurinnen und Akteure mit öffentlichen Geldern zu unterstützen, die zu einem Erhalt oder zu einer Stärkung der regionalen Medien beitragen können. Inwieweit diese Stossrichtung der Stadt Bern Optionen für eine lokale Medienförderung eröffnet, ist zum jetzigen Zeitpunkt allerdings schwierig abzuschätzen. So ist die Revision des kantonalen Informationsgesetzes, das die Grundlage für eine regionale Medienförderung schaffen soll, noch in der verwaltungsinternen Bearbeitung und dürfte erst im Laufe des kommenden Jahrs dem Grossen Rat zur Beratung vorgelegt werden.

Vor diesem Hintergrund kann im Folgenden nur im Sinne von vorläufigen und vagen Einschätzungen und Überlegungen auf die Fragen des Postulats eingegangen werden:

- *Förderung der medialen Vielfalt in Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern und dessen Medienförderungsmassnahmen: Bei welchen Medienförderungsmassnahmen des Kantons könnte sich die Stadt Bern beteiligen? Welche neuen Medienförderungsmassnahmen wären in Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern denkbar?*

Für die Stadt Bern ist am kantonalen Konzept zur Medienförderung allenfalls von Interesse, dass damit die finanzielle Unterstützung der Schweizerischen Depeschagentur (SDA) ermöglicht werden könnte. Damit liessen sich indirekt die Zeitungs-, Radio-, TV- und Onlineredaktionen im Kanton subventionieren und stärken.

Mit Blick auf die Stadt Bern könnte dies bedeuten: Falls es die neuen rechtlichen Grundlagen des Informationsgesetzes zulassen würden und die SDA dazu bereit wäre, ist es vorstellbar, dass die Stadt Bern gezielt SDA-Redaktionsstellen finanziert – dies verknüpft mit der Auflage, ausschliesslich über städtische Themen bzw. über lokal relevante Themen zu berichten. Wichtig wäre dabei, dass in diesem Falle alle Redaktionen und die ganze Bevölkerung kostenlos und frei Zugang hätten zur gesamten SDA-Nachrichtenproduktion über die Stadt Bern, zum Beispiel mittels einer frei verfügbaren App. Gleichzeitig müsste sichergestellt werden, dass die SDA im Rahmen eines Redaktionsstatus völlig frei und unabhängig arbeiten und die Stadtverwaltung keinen Einfluss auf die redaktionellen Entscheide nehmen könnte.

Eine weitere Option könnte sein, dass sich die Stadt Bern am Aufbau einer kantonalen Plattform für Medien, Parteien und Gemeinden beteiligt, wie dies der Regierungsrat in seinem Konzept zur Diskussion gestellt hat. Für beide Vorhaben – die Finanzierung von SDA-Stellen und die Beteiligung an einer Plattform – müsste die Stadt allerdings öffentliche Mittel sprechen.

Eher nicht in Betracht ziehen will der Gemeinderat hingegen, gezielt einzelne Medien zu finanzieren. Dagegen sprechen demokratiepolitische Gründe, weil damit die redaktionelle Unabhängigkeit der entsprechenden Redaktion tangiert werden könnte.

- *Förderung der medialen Vielfalt in Zusammenarbeit mit den Partnergemeinden des Verbunds Anzeiger Region Bern: Könnte der Anzeiger für die Region Bern im Allgemeinen und die Gemeinde-News im Besonderen zu einem neuen und unabhängigen, nach journalistischen Grundsätzen arbeitenden Medium ausgebaut werden?*

Mit dem beschlossenen Management-Buy-out des «Anzeigers Region Bern» und der angestrebten Digitalisierung der amtlichen Publikationen dürfte es für die Stadt Bern schwierig werden, Medienförderung mittels des amtlichen Publikationsorgans zu betreiben. Zwar spricht sich der Gemeinderat beim «Anzeiger» grundsätzlich für eine Lockerung des bisher geltenden Verbots redaktionell aufbereiteter Textbeiträge aus, weil die Gemeinden damit die Möglichkeit erhielten, ihre Informationspflicht gegenüber der Bevölkerung auch im nichtamtlichen Bereich besser wahrzunehmen.

Allerdings: Mit der von der Stadt Bern angestrebten Digitalisierung der amtlichen Publikationen ist sowohl das Festhalten an der Publikation von Medienmitteilungen als auch ein Ausbau des «Anzeigers» in ein nach journalistischen Grundsätzen arbeitendes Medium kaum realistisch. Die Gemeinden müssten in beiden Fällen in erheblichem Umfang Mittel zur Verfügung stellen, wozu sie angesichts der zunehmend schwierigeren Finanzlage wohl kaum bereit sein werden.

- *Förderung der medialen Vielfalt im Bereich des Kulturjournalismus, falls der Anzeiger Region Bern nur noch in digitalisierter Form erscheinen wird: Auf welche Weise könnte eine vielfältige, kritische und von den grossen Kulturinstitutionen unabhängige Kulturberichterstattung gewährleistet werden?*

Die sogenannte «Kulturagenda», die dem «Anzeiger Region Bern» beigelegt wird, spielt heute eine wichtige Rolle in der Kulturberichterstattung. Angesichts des bevorstehenden Management-Buy-out des «Anzeigers» ist derzeit nicht absehbar, ob und in welcher Form diese Kulturpublikation fortgeführt werden kann. Grundsätzlich ist der Gemeinderat bereit, sich weiterhin mit rund Fr. 100 000.00

für eine Agenda im Bereich Kultur zu engagieren. Im Vordergrund steht für die Stadt die Realisierung einer digitalen Agenda. Erste Abklärungen in diese Richtung werden demnächst stattfinden.

Darüber hinaus könnte die Revision des kantonalen Informationsgesetzes allenfalls die Möglichkeit schaffen, mit der Finanzierung von SDA-Stellenprozenten die journalistische Kulturberichterstattung im lokalen und regionalen Bereich zu fördern.

- *Förderung der medialen Vielfalt in Zusammenarbeit mit den Quartierorganisationen: Auf welche Weise könnte die Öffentlichkeits- und Medienarbeit der Quartierorganisationen in der Stadt Bern verbessert und inklusiver gestaltet werden?*

Der Gemeinderat misst den Publikationen der Quartierorganisationen wie auch den Quartierzeitungen grosse Bedeutung bei. Sie tragen dazu bei, relevante Themen sowie Mitteilungen und Nachrichten aus Stadtverwaltung und Gemeinderat in den jeweiligen Quartieren und Stadtteilen gezielt zu verbreiten.

Sollte sich die Finanzierung von SDA-Redaktionsstellen für die lokale Berichterstattung realisieren lassen, so wäre dies eine Massnahme, die auch den Quartierzeitungen zu Gute käme. Damit eröffnete sich für diese nämlich die Chance, kostenlos auf aktuellen und qualitativ guten journalistischen Nachrichtenstoff zugreifen zu können und auf diesem Weg die eigene Berichterstattung und Kommentierung zu intensivieren.

Ferner könnte eine Unterstützung dieser Publikationen dadurch erfolgen, dass der städtische Informationsdienst künftig zusätzlich geeignete Themen für die Quartierblätter aufbereitet sowie den Quartierorganisationen gegebenenfalls Sukkurs leistet im Aufbau von Online-Plattformen. Allerdings müssten dazu die personellen Ressourcen im Informationsdienst aufgestockt werden.

- *Förderung der medialen Vielfalt im Rahmen der Stadt der Beteiligung: Wie könnten demjenigen Teil der Bevölkerung, für welchen Berndeutsch nicht die Muttersprache ist, bessere Zugänge zu lokalen und regionalen journalistischen Dienstleistungen namentlich im Internet, Radio und Fernsehen, eröffnet werden?*

Die Stadt Bern unterstützt heute die Migrationsmedien, indem sie bei Bedarf Beratung und Vernetzung anbietet und sie mit den gleichen Informationen beliefert wie alle anderen Medienredaktionen. Inwieweit die Revision des kantonalen Informationsgesetzes zusätzliche Grundlagen zur finanziellen Unterstützung von Migrationsmedien bietet, ist noch nicht absehbar und muss abgewartet werden.

3. Medienförderung durch den Bund

Einen Einfluss auf die Optionen zur lokalen und regionalen Medienförderung hat darüber hinaus auch die Ausgestaltung der bundespolitischen Medienpolitik. Für den Gemeinderat stehen dabei vor allem zwei Punkte im Vordergrund: die künftige Rolle der SRG und die staatliche Förderung von Online-Medien. Zur Rolle der SRG ist die Stadtregierung der Ansicht, dass die Regionaljournale sowie die regionalen Nachrichtenformate wie «Schweiz aktuell» in die Lücke springen sollten, wenn sich die privaten Medienunternehmen immer stärker aus der lokalen und regionalen Berichterstattung zurückziehen. Weiter befürwortet der Gemeinderat die Unterstützung von Onlinemedien durch den Bund. Diese verfügen über das Potenzial, auf regionaler und lokaler Ebene eine gewisse Medien- und Meinungsvielfalt zu gewährleisten. In beiden Fällen liegt es allerdings – wie bereits erwähnt – vor allem bei den Bundesbehörden, die Weichen zu stellen.

In diesem Zusammenhang hat der Gemeinderat bereits in seiner Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die elektronischen Medien im September 2018 dafür plädiert, der SDA eine Schlüsselrolle bei der Medienförderung zuzuordnen. So regte er seinerzeit an, die Möglichkeit zu prüfen, die SDA teilweise oder vollumfänglich in die SRG einzugliedern und ihre journalistische Produktion unentgeltlich der Öffentlichkeit und den privaten Medienhäusern bzw. den Online-Medien zur Verfügung zu stellen. Mit einem solchen Modell könnte nach Ansicht der Stadtregierung auf Dauer eine breite Grundversorgung mit faktentreuen Nachrichten auf allen Kanälen sichergestellt werden.

4. Revision des kantonalen Informationsgesetzes

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass der Gemeinderat die Überlegungen der Postulantinnen und Postulanten teilt und ebenfalls der Ansicht ist, dass die städtische Politik in der Pflicht steht, subsidiär zum Erhalt von Medienvielfalt beizutragen. Allerdings ist es angesichts der laufenden Bestrebungen auf den übergeordneten Ebenen zu früh, um bereits konkrete und realisierbare Massnahmen auf städtischer Ebene ins Auge fassen zu können. Er sieht daher vor, nach der parlamentarischen Beratung des revidierten kantonalen Informationsgesetzes die Ausgangslage zu prüfen und gegebenenfalls im Laufe des Jahres 2022 Vorschläge zur Förderung der lokalen Medien auszuarbeiten.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Antwort gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 2. Dezember 2020

Der Gemeinderat